

Nationale Gesetze, globale Netzwerke: Warum digitales Recht an Grenzen stößt

C1.2 - RECHT IM DIGITALEN RAUM: PLATTFORMEN, MEINUNGSFREIHEIT UND PRIVATE MACHT

Wortschatz zum Text

Deutsch	Englisch / Erklärung
das digitale Recht	digital law
die Gerichtsbarkeit	jurisdiction
die Zuständigkeit	competence / responsibility
die Rechtsordnung	legal order
das nationale Gesetz	national law
das globale Netzwerk	global network
die Plattformarchitektur	platform architecture
die Datenübermittlung	data transfer
der Serverstandort	server location
der Unternehmenssitz	company headquarters
die Rechtsdurchsetzung	law enforcement
die Vollstreckung	enforcement
die Regulierung	regulation
die Extraterritorialität	extraterritoriality
die Rechtskollision	conflict of laws
die Rechtsunsicherheit	legal uncertainty
die Datenschutzregel	data protection rule
die Meinungsfreiheitsnorm	free speech norm
die Löschanordnung	removal order
die Auskunftspflicht	duty to provide information

Deutsch	Englisch / Erklärung
die Behördenanfrage	authority request
die Amtshilfe	mutual legal assistance
die Plattformverantwortung	platform responsibility
die Harmonisierung	harmonization
die Fragmentierung	fragmentation
die Rechtsflucht	regulatory evasion
die Standortwahl	choice of location
die technische Umgehung	technical circumvention
die globale Reichweite	global reach
die lokale Betroffenheit	local affectedness
die Souveränität	sovereignty
die Durchsetzbarkeit	enforceability
die Kooperationspflicht	duty to cooperate
die Mindeststandards	minimum standards
grenzüberschreitend	cross-border
extraterritorial	extraterritorial
durchsetzbar	enforceable
fragmentiert	fragmented
widersprüchlich	contradictory

Meine zusätzlichen Wörter / Notizen:

Nationale Gesetze, globale Netzwerke: Warum digitales Recht an Grenzen stößt

C1.2 - RECHT IM DIGITALEN RAUM: PLATTFORMEN, MEINUNGSFREIHEIT UND PRIVATE MACHT

Das Internet wirkt grenzenlos, doch Recht ist traditionell an Grenzen gebunden. Parlamente beschließen Gesetze für ein Staatsgebiet, Gerichte entscheiden innerhalb bestimmter Zuständigkeiten, Behörden handeln nach nationalen Verfahren. Digitale Kommunikation folgt dieser Ordnung nur teilweise. Ein Beitrag kann in einem Land geschrieben, auf Servern in einem zweiten gespeichert, von einem Unternehmen in einem dritten moderiert und in vielen weiteren Ländern gelesen werden. Wenn daraus ein Rechtsproblem entsteht, stellt sich sofort die Frage: Welches Recht gilt, wer darf entscheiden, und wer kann eine Entscheidung tatsächlich durchsetzen?

Diese Frage betrifft nicht nur spektakuläre Fälle. Sie entsteht bei Hassrede, Urheberrechtsverletzungen, Datenschutzverstößen, Betrug, Desinformation, politischer Werbung oder illegalem Handel. Ein nationales Gesetz kann verlangen, dass bestimmte Inhalte gelöscht oder Daten herausgegeben werden. Doch die Plattform ist möglicherweise im Ausland ansässig, die Daten liegen in einer Cloud-Infrastruktur, und die betroffenen Nutzerinnen und Nutzer befinden sich in mehreren Staaten. Digitale Rechtsdurchsetzung ist daher nicht einfach die Anwendung alter Regeln auf neue Technik. Sie verlangt eine Antwort auf grenzüberschreitende Zuständigkeit.

Ein Staat hat ein legitimes Interesse, Menschen auf seinem Gebiet zu schützen. Wenn eine Person durch Online-Hetze bedroht wird, wenn private Daten rechtswidrig verbreitet werden oder wenn Betrug lokale Opfer trifft, kann der Staat nicht einfach sagen, das Internet sei global und daher niemand zuständig. Souveränität bedeutet auch Schutzverantwortung. Gleichzeitig kann nicht jeder Staat unbegrenzt verlangen, dass seine Regeln weltweit gelten. Sonst könnten Staaten mit besonders strengen oder autoritären Vorgaben globale Plattformen zwingen, Inhalte überall zu entfernen. Aus lokaler Schutzverantwortung könnte globale Einschränkung entstehen.

Besonders schwierig sind Löschanordnungen. Soll ein Inhalt nur im betroffenen Land nicht mehr sichtbar sein, oder weltweit? Eine lokale Sperre respektiert andere Rechtsordnungen, kann aber technisch umgangen werden und lässt den Inhalt anderswo auffindbar. Eine weltweite Löschung wirkt effektiver, greift aber in die Kommunikationsräume anderer Staaten ein. Was in einem Land als rechtswidrige Beleidigung gilt, kann in einem anderen als geschützte politische Kritik gelten. Was hier als legitime Satire verstanden wird, kann anderswo als religiöse Verletzung oder Staatsbeleidigung bewertet werden. Globale Netzwerke treffen auf pluralistische Rechtsordnungen.

Auch Datenschutz zeigt diese Spannung. Daten fließen über Grenzen, während Schutzstandards unterschiedlich sind. Ein Unternehmen kann seinen Sitz in einem Land haben, Daten in mehreren Rechenzentren verarbeiten und Dienste weltweit anbieten. Nutzerinnen und Nutzer erwarten Schutz ihrer Privatsphäre, doch Behörden und Unternehmen berufen sich auf verschiedene Rechtsgrundlagen. Internationale Datenübermittlung braucht daher Regeln, die Schutz nicht davon abhängig machen, wo ein Server zufällig steht. Gleichzeitig kollidieren Datenschutzinteressen mit Sicherheitsbehörden, Forschungsinteressen oder Geschäftsmodellen.

Plattformunternehmen nutzen diese Komplexität nicht nur passiv. Standortwahl, Konzernstruktur und technische Architektur können beeinflussen, welchen Regeln ein Unternehmen besonders stark ausgesetzt ist. Das bedeutet nicht automatisch illegale Rechtsflucht. Internationale Unternehmen müssen ihre Dienste organisieren. Doch wenn Verantwortung durch Tochtergesellschaften, Vertragsketten oder unklare Zuständigkeiten schwer greifbar wird, entsteht ein demokratisches Problem. Macht ist global organisiert, Kontrolle bleibt oft national zersplittert.

Eine mögliche Antwort ist internationale Harmonisierung. Staaten können gemeinsame Mindeststandards entwickeln, etwa für Datenschutz, Verbraucherrechte, Plattformtransparenz oder Verfahren bei Behördenanfragen. Solche Standards verringern Rechtsunsicherheit und verhindern, dass Unternehmen nur den schwächsten Regulierungsort suchen. Doch

Harmonisierung ist langsam und politisch schwierig. Staaten haben unterschiedliche Vorstellungen von Meinungsfreiheit, Sicherheit, Privatsphäre, Marktordnung und staatlicher Kontrolle. Was für den einen Schutz ist, wirkt für den anderen wie Zensur oder Überwachung.

Eine andere Antwort ist extraterritoriale Regulierung. Ein großer Markt kann Unternehmen verpflichten, bestimmte Regeln einzuhalten, wenn sie dort Dienste anbieten, auch wenn das Unternehmen anderswo sitzt. Das kann wirksam sein, weil globale Plattformen wichtige Märkte nicht verlieren wollen. Gleichzeitig erzeugt es Machtfragen: Wenn große Rechtsräume ihre Standards faktisch exportieren, geraten kleinere Staaten oder alternative Rechtsmodelle unter Druck. Extraterritoriale Regeln können Schutz verbessern, aber auch neue Hierarchien schaffen.

Für Plattformen entsteht daraus eine widersprüchliche Lage. Sie müssen nationale Gesetze beachten, globale Dienste anbieten und interne Regeln konsistent anwenden. Ein Inhalt kann in einem Land gelöscht werden müssen, in einem anderen erlaubt sein und in einem dritten politisch heikel wirken. Nutzerinnen und Nutzer verstehen oft nicht, warum ein Beitrag hier sichtbar und dort gesperrt ist. Plattformen werden dadurch zu Übersetzern zwischen Rechtsordnungen, obwohl sie dafür demokratisch kaum legitimiert sind.

Digitale Rechtsdurchsetzung braucht deshalb Verfahren, nicht nur Verbote. Es muss nachvollziehbar sein, welche Behörde auf welcher Grundlage eine Löschung verlangt, ob Betroffene informiert werden, ob es Rechtsmittel gibt und ob Maßnahmen lokal oder global wirken. Transparenzberichte, unabhängige Kontrolle, gerichtliche Überprüfung und internationale Kooperation können helfen, Willkür zu begrenzen. Ohne solche Verfahren besteht die Gefahr, dass digitale Regulierung entweder wirkungslos bleibt oder zu einem Instrument verdeckter Macht wird.

Das digitale Recht stößt also nicht deshalb an Grenzen, weil Staaten machtlos wären. Es stößt an Grenzen, weil territoriale Souveränität, globale technische Infrastruktur und unterschiedliche Freiheitsvorstellungen nicht ohne Reibung zusammenpassen. Nationale Gesetze bleiben notwendig, aber sie reichen allein nicht aus. Globale Netzwerke brauchen kooperative Regeln, klare Zuständigkeiten und Schutz vor Machtmissbrauch. Die zentrale Frage lautet nicht nur, welches Recht gilt, sondern wie Recht durchsetzbar bleibt, ohne die Offenheit digitaler Kommunikation zu zerstören.



Fragen zum Text

1. Warum stößt digitales Recht an nationale Grenzen?

2. Welche Grundfrage entsteht bei digitalen Rechtsproblemen?

3. Bei welchen Fällen entstehen grenzüberschreitende Rechtsfragen?

4. Warum hat ein Staat dennoch ein legitimes Schutzinteresse?

5. Warum darf nicht jeder Staat unbegrenzt weltweite Geltung seiner Regeln verlangen?

6. Warum sind Löschanordnungen besonders schwierig?

7. Was ist der Vorteil und Nachteil lokaler Sperren?

8. Was ist das Problem weltweiter Löschungen?

9. Warum ist Datenschutz grenzüberschreitend kompliziert?

10. Wie können Unternehmen die Rechtslage beeinflussen?

11. Was bedeutet internationale Harmonisierung?

12. Warum ist Harmonisierung schwierig?

13. Was ist extraterritoriale Regulierung?

14. Warum sind Plattformen problematische Übersetzer zwischen Rechtsordnungen?

15. Was fordert der Text für digitale Rechtsdurchsetzung?

Multiple Choice

1. Warum passt nationales Recht nur teilweise zur digitalen Kommunikation?

- ☐ A) Digitale Dienste überschreiten territoriale Grenzen.
- ☐ B) Gesetze gelten nie für Online-Kommunikation.
- ☐ C) Server stehen immer im selben Land wie Nutzer.
- ☐ D) Plattformen haben keine Unternehmenssitze.

2. Was ist ein zentrales Problem bei Löschanordnungen?

- ☐ A) Ob sie lokal oder weltweit gelten sollen.
- ☐ B) Ob Inhalte überhaupt existieren.
- ☐ C) Ob Plattformen lesen können.
- ☐ D) Ob Gerichte keine Zuständigkeit haben.

3. Warum sind weltweite Löschungen riskant?

- ☐ A) Sie können die Rechtsordnungen anderer Staaten beeinträchtigen.
- ☐ B) Sie sind immer technisch unmöglich.
- ☐ C) Sie schützen niemals Betroffene.
- ☐ D) Sie betreffen nur private Fotos.

4. Warum ist lokale Sperrung begrenzt wirksam?

- ☐ A) Sie kann technisch umgangen werden und Inhalte bleiben anderswo sichtbar.
- ☐ B) Sie löscht automatisch alles weltweit.
- ☐ C) Sie ist immer autoritär.
- ☐ D) Sie verhindert jede Rechtsdurchsetzung.

5. Was macht Datenschutz im Netz grenzüberschreitend schwierig?

- ☐ A) Daten werden international verarbeitet und Standards unterscheiden sich.
- ☐ B) Daten existieren nur auf Papier.
- ☐ C) Datenschutz gilt überall identisch.
- ☐ D) Cloud-Dienste haben keine Rechtsbezüge.

6. Was ist ein Problem komplexer Konzernstrukturen?

- ☐ A) Verantwortung kann schwerer greifbar werden.
- ☐ B) Sie machen Kontrolle immer einfacher.
- ☐ C) Sie ersetzen jede Regulierung.
- ☐ D) Sie verhindern jede Datenübermittlung.

7. Was soll Harmonisierung leisten?

- ☐ A) Gemeinsame Mindeststandards schaffen und Rechtsunsicherheit verringern.
- ☐ B) Alle nationalen Unterschiede sofort abschaffen.
- ☐ C) Plattformen von jeder Regel befreien.
- ☐ D) Datenschutz vollständig aufheben.

8. Warum ist extraterritoriale Regulierung ambivalent?

- ☐ A) Sie kann Schutz verbessern, aber auch Standards mächtiger Rechtsräume exportieren.
- ☐ B) Sie ist grundsätzlich wirkungslos.
- ☐ C) Sie betrifft nur kleine Vereine.
- ☐ D) Sie macht Rechtskonflikte unmöglich.

9. Warum sind Plattformen demokratisch problematische Vermittler?

- ☐ A) Sie wenden Rechtsordnungen praktisch an, ohne selbst demokratische Institutionen zu sein.
- ☐ B) Sie haben keine Regeln.
- ☐ C) Sie entscheiden nie über Inhalte.
- ☐ D) Sie sind nur technische Kabel.

10. Welche Schlussfolgerung passt?

- ☐ A) Digitales Recht braucht nationale Regeln plus internationale Kooperation und Verfahren.
- ☐ B) Staaten sollten online völlig auf Recht verzichten.
- ☐ C) Jede nationale Regel muss weltweit gelten.
- ☐ D) Plattformen sollen allein globales Recht setzen.

Ordne zu

A	B
Nationale Gesetze	sind territorial organisiert.
Globale Netzwerke	überschreiten staatliche Grenzen.
Gerichtsbarkeit	bestimmt, wer rechtlich entscheiden darf.
Serverstandort	ist nicht immer identisch mit Ort der Betroffenheit.
Löschanordnung	kann lokal oder global wirken.
Lokale Sperre	respektiert andere Rechtsordnungen, ist aber umgehbar.
Weltweite Löschung	kann fremde Kommunikationsräume beeinflussen.
Datenschutz	wird durch internationale Datenflüsse kompliziert.
Unternehmenssitz	beeinflusst rechtliche Zuständigkeiten.
Konzernstruktur	kann Verantwortung schwerer greifbar machen.
Harmonisierung	schafft gemeinsame Mindeststandards.
Rechtsfragmentierung	erzeugt Unsicherheit für Nutzer und Unternehmen.
Extraterritoriale Regulierung	bindet Anbieter über Marktteilnahme.
Souveränität	umfasst Schutzverantwortung im eigenen Gebiet.
Rechtskollision	entsteht bei widersprüchlichen nationalen Vorgaben.
Amtshilfe	ermöglicht grenzüberschreitende Behördenkooperation.
Transparenzberichte	machen Anfragen und Maßnahmen sichtbar.
Rechtsmittel	schützen gegen fehlerhafte oder überzogene Eingriffe.
Plattformen	übersetzen praktisch zwischen Rechtsordnungen.
Durchsetzbarkeit	entscheidet, ob Recht praktisch wirksam wird.
Mindeststandards	können Regulierungsflucht begrenzen.
Digitale Offenheit	darf durch Rechtsdurchsetzung nicht zerstört werden.

Bringe in die richtige Reihenfolge

Nr.	Satz / Ereignis	Reihenfolge
1.	Danach werden typische digitale Rechtsfälle genannt.	
2.	Der Text beginnt mit dem Gegensatz zwischen grenzenlosem Internet und territorialem Recht.	
3.	Später werden Löschanordnungen als besonders schwieriger Fall analysiert.	
4.	Anschließend wird die Frage nach geltendem Recht, Zuständigkeit und Durchsetzung formuliert.	
5.	Zum Schluss wird kooperative Rechtsdurchsetzung als notwendig beschrieben.	
6.	Danach wird das legitime Schutzinteresse des Staates erklärt.	
7.	Es wird gezeigt, warum weltweite Geltung nationaler Regeln gefährlich sein kann.	
8.	Der Text beschreibt anschließend Datenschutz als grenzüberschreitendes Problem.	
9.	Später wird die Rolle von Standortwahl und Konzernstruktur diskutiert.	
10.	Danach werden Harmonisierung und ihre politischen Grenzen erläutert.	
11.	Ein weiterer Schritt ist die ambivalente Wirkung extraterritorialer Regulierung.	
12.	Danach werden Plattformen als Vermittler zwischen Rechtsordnungen beschrieben.	
13.	Am Ende fordert der Text Verfahren, Transparenz und Rechtsmittel.	

Finde den Fehler im Inhalt

1. Das Internet folgt laut Text vollständig denselben territorialen Grenzen wie nationale Gerichte.

2. Digitale Rechtsfragen entstehen nur bei spektakulären internationalen Skandalen.

3. Ein Staat hat online keinerlei Schutzverantwortung für Menschen auf seinem Gebiet.

4. Jeder Staat sollte seine Regeln ohne Begrenzung weltweit durchsetzen können.

5. Lokale Sperren und globale Löschungen haben exakt dieselben Folgen.

6. Datenschutz ist einfach, weil Daten immer im Herkunftsland bleiben.

7. Unternehmensstruktur und Standortwahl sind für digitale Regulierung irrelevant.

8. Harmonisierung ist politisch leicht, weil alle Staaten dieselben Werte haben.

9. Extraterritoriale Regulierung ist immer nur positiv.

10. Digitale Rechtsdurchsetzung braucht nur Verbote, aber keine Verfahren.



Schreibaufgabe

260-320 Wörter

Erörtere, warum nationales Recht im digitalen Raum an Grenzen stößt. Gehe auf Zuständigkeit, Löschanordnungen, Datenschutz, Plattformstrukturen, extraterritoriale Regulierung und internationale Kooperation ein.



Lösungen

Fragen zum Text

1. Weil digitale Kommunikation grenzüberschreitend funktioniert, während Gesetze, Gerichte und Behörden meist territorial organisiert sind.
2. Es stellt sich die Frage, welches Recht gilt, wer entscheiden darf und wer eine Entscheidung durchsetzen kann.
3. Sie entstehen bei Hassrede, Datenschutzverstößen, Betrug, Urheberrechtsverletzungen, Desinformation, politischer Werbung oder illegalem Handel.
4. Er muss Menschen auf seinem Gebiet vor Bedrohung, Datenmissbrauch, Betrug und anderen Rechtsverletzungen schützen.
5. Sonst könnten besonders strenge oder autoritäre Staaten globale Kommunikation weltweit einschränken.
6. Es ist umstritten, ob Inhalte nur lokal gesperrt oder weltweit gelöscht werden sollen.
7. Sie respektieren andere Rechtsordnungen, können aber technisch umgangen werden und Inhalte anderswo sichtbar lassen.
8. Sie können in Kommunikationsräume anderer Staaten eingreifen und dort legitime Meinungsfreiheit beschränken.
9. Daten werden über Länder und Rechenzentren hinweg verarbeitet, während Schutzstandards und Behördeninteressen unterschiedlich sind.
10. Durch Standortwahl, Konzernstruktur und technische Architektur können Verantwortlichkeiten schwerer greifbar werden.
11. Staaten einigen sich auf gemeinsame Mindeststandards, um Rechtsunsicherheit und Regulierungsflucht zu verringern.
12. Staaten haben unterschiedliche Vorstellungen von Meinungsfreiheit, Sicherheit, Privatsphäre und staatlicher Kontrolle.
13. Ein Rechtsraum verpflichtet Unternehmen zur Einhaltung seiner Regeln, wenn sie dort Dienste anbieten, obwohl sie anderswo sitzen.
14. Sie müssen unterschiedliche nationale Regeln praktisch anwenden, sind dafür aber demokratisch kaum legitimiert.
15. Er fordert nachvollziehbare Verfahren, Transparenz, Rechtsmittel, gerichtliche Kontrolle und internationale Kooperation.

Multiple Choice

1. A) Digitale Dienste überschreiten territoriale Grenzen.
2. A) Ob sie lokal oder weltweit gelten sollen.
3. A) Sie können die Rechtsordnungen anderer Staaten beeinträchtigen.
4. A) Sie kann technisch umgangen werden und Inhalte bleiben anderswo sichtbar.
5. A) Daten werden international verarbeitet und Standards unterscheiden sich.
6. A) Verantwortung kann schwerer greifbar werden.
7. A) Gemeinsame Mindeststandards schaffen und Rechtsunsicherheit verringern.

Lösungen

Multiple Choice (Fortsetzung)

- 8. A) Sie kann Schutz verbessern, aber auch Standards mächtiger Rechtsräume exportieren.
- 9. A) Sie wenden Rechtsordnungen praktisch an, ohne selbst demokratische Institutionen zu sein.
- 10. A) Digitales Recht braucht nationale Regeln plus internationale Kooperation und Verfahren.

Zuordnung

- 1. 1. Nationale Gesetze — sind territorial organisiert.
- 2. 2. Globale Netzwerke — überschreiten staatliche Grenzen.
- 3. 3. Gerichtsbarkeit — bestimmt, wer rechtlich entscheiden darf.
- 4. 4. Serverstandort — ist nicht immer identisch mit Ort der Betroffenheit.
- 5. 5. Löschanordnung — kann lokal oder global wirken.
- 6. 6. Lokale Sperre — respektiert andere Rechtsordnungen, ist aber umgehbar.
- 7. 7. Weltweite Löschung — kann fremde Kommunikationsräume beeinflussen.
- 8. 8. Datenschutz — wird durch internationale Datenflüsse kompliziert.
- 9. 9. Unternehmenssitz — beeinflusst rechtliche Zuständigkeiten.
- 10. 10. Konzernstruktur — kann Verantwortung schwerer greifbar machen.
- 11. 11. Harmonisierung — schafft gemeinsame Mindeststandards.
- 12. 12. Rechtsfragmentierung — erzeugt Unsicherheit für Nutzer und Unternehmen.
- 13. 13. Extraterritoriale Regulierung — bindet Anbieter über Marktteilnahme.
- 14. 14. Souveränität — umfasst Schutzverantwortung im eigenen Gebiet.
- 15. 15. Rechtskollision — entsteht bei widersprüchlichen nationalen Vorgaben.
- 16. 16. Amtshilfe — ermöglicht grenzüberschreitende Behördenkooperation.
- 17. 17. Transparenzberichte — machen Anfragen und Maßnahmen sichtbar.
- 18. 18. Rechtsmittel — schützen gegen fehlerhafte oder überzogene Eingriffe.
- 19. 19. Plattformen — übersetzen praktisch zwischen Rechtsordnungen.
- 20. 20. Durchsetzbarkeit — entscheidet, ob Recht praktisch wirksam wird.
- 21. 21. Digitale Offenheit — darf durch Rechtsdurchsetzung nicht zerstört werden.
- 22. 22. Mindeststandards — können Regulierungsflucht begrenzen.

Lösungen

Reihenfolge

1. Der Text beginnt mit dem Gegensatz zwischen grenzenlosem Internet und territorialem Recht.
2. Anschließend wird die Frage nach geltendem Recht, Zuständigkeit und Durchsetzung formuliert.
3. Danach werden typische digitale Rechtsfälle genannt.
4. Danach wird das legitime Schutzinteresse des Staates erklärt.
5. Es wird gezeigt, warum weltweite Geltung nationaler Regeln gefährlich sein kann.
6. Später werden Löschanordnungen als besonders schwieriger Fall analysiert.
7. Der Text beschreibt anschließend Datenschutz als grenzüberschreitendes Problem.
8. Später wird die Rolle von Standortwahl und Konzernstruktur diskutiert.
9. Danach werden Harmonisierung und ihre politischen Grenzen erläutert.
10. Ein weiterer Schritt ist die ambivalente Wirkung extraterritorialer Regulierung.
11. Danach werden Plattformen als Vermittler zwischen Rechtsordnungen beschrieben.
12. Am Ende fordert der Text Verfahren, Transparenz und Rechtsmittel.
13. Zum Schluss wird kooperative Rechtsdurchsetzung als notwendig beschrieben.

Fehler finden

1. Digitale Kommunikation überschreitet Grenzen, während Recht traditionell territorial organisiert ist.
2. Sie entstehen auch bei Hassrede, Datenschutz, Betrug, Urheberrecht, Werbung und illegalem Handel.
3. Ein Staat hat ein legitimes Interesse, Betroffene auf seinem Gebiet zu schützen.
4. Weltweite Geltung nationaler Regeln kann andere Rechtsordnungen und Freiheitsräume beeinträchtigen.
5. Lokale Sperren sind begrenzter und umgehbar; globale Löschungen greifen weiter.
6. Daten werden über Grenzen, Rechenzentren und Rechtsräume hinweg verarbeitet.
7. Sie können Zuständigkeiten und Verantwortlichkeit beeinflussen.
8. Staaten unterscheiden sich bei Meinungsfreiheit, Sicherheit, Privatsphäre und Kontrolle.
9. Sie kann Schutz verbessern, aber auch Macht großer Rechtsräume verstärken.
10. Sie braucht Transparenz, Rechtsmittel, Kontrolle und internationale Kooperation.